

**Erstberatungsformulare
der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung**

An der Karlsquelle 6, 99510 Apolda
Telefon: 03644 514 88 -10, -11, -12
Telefax: 03644 514 88 69
www.diakonie-apolda.de

Zur Durchführung eines **außergerichtlichen Vergleichs** (Phase I) als Voraussetzung für das **Verbraucherinsolvenzverfahren mit Restschuldbefreiung** bringen Sie bitte zur **Erstberatung diese Formulare vollständig ausgefüllt mit den nachfolgend genannten Belegen** mit.

Die Erstberatung erfolgt **ausschließlich nach Terminvergabe**. Bitte setzen Sie sich diesbezüglich mit uns in Verbindung:

Beratungszeiten Apolda:

Mo, Di, Do, Fr.: 8.00 - 12.00 Uhr
Di, Do: 15.00 - 18.00 Uhr

Beratungszeiten Bad Berka:

jeden 3. Di. im Monat ab
12.00 Uhr nur nach Vereinbarung

Folgende Unterlagen sind in Kopie einzureichen:

- 1. Belege aller Einkommen** der Familienmitglieder
- vollständiges Gläubigerverzeichnis gem. beiliegender Tabelle
(bitte letztes Schreiben pro Gläubiger beifügen und durchnummerieren, sofern vorhanden, auch Vollstreckungsbescheide/ Urteile mitbringen, bei Kreditverträgen: eine Kopie der Sicherheiten beifügen)
- bei Grundstücken und Immobilien: **Grundbuchauszug beifügen**
- bei Bausparverträgen, Sparverträgen, Lebens- und Rentenversicherungen, Beteiligungen, **Kautionen**, Genossenschaftsanteilen: **aktuelle Rückkaufswerte und Werte beifügen**
- sofern Ihnen nicht alle Gläubiger bekannt sind, können Sie eine ergänzende Gläubigerübersicht vom Gerichtsvollzieher oder eine aktuelle SCHUFA- Auskunft (Datenübersicht nach § 34 BDSG) anfordern - (schriftlich mit einer Kopie des Ausweises und Angabe der Voradressen unter: SCHUFA, Mariendorfer Damm 1-3, 12099 Berlin oder per E- Mail unter: berlin@schufa.de oder siehe Anlage.

Erklärung:

Ich habe ein Merkblatt zum Insolvenzrecht erhalten und bin über die Versagungsgründe, Obliegenheiten, mögliche Kosten sowie den ungewissen Erfolg des Verfahrens belehrt worden. Gem. § 290 I Nr. 6 InsO kann u.a. die Restschuldbefreiung versagt werden, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige und unvollständige Angaben im Gläubigerverzeichnis / Vermögens- oder Einkommensverzeichnis mache. Fehlende Steuererklärungen habe ich sofort nachzuholen.

Bei fehlender Mitarbeit - z. B. Nichteinhaltung von zwei Terminen - wird die Beratung eingestellt. Nach 12 Monaten ohne Kontakt zur Beratungsstelle wird die Akte geschlossen. Änderungen meiner Einkommensverhältnisse und Anschrift habe ich unverzüglich der Beratungsstelle, dem Amtsgericht und dem Treuhänder zu melden. Vermögensverschiebungen an Dritte können anfechtbar sein und vom Insolvenzverwalter rückabgewickelt werden.

Angaben zur Person		Beratungszugang	
Name		Akademischer Grad	
Vorname(n) (Rufnamen unterstreichen)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsname		früherer Name	
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift Straße		Hausnummer	
Postleitzahl	Ort		
Telefon (privat)		Mobil	
Telefax		E-Mail	

Ort, Datum

Unterschrift

Familienstand					
<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet seit	<input type="checkbox"/> zusammenlebend	<input type="checkbox"/> geschieden seit	<input type="checkbox"/> getrennt lebend seit	<input type="checkbox"/> verwitwet seit
Haushaltsmitglieder / Unterhaltsberechtigten Personen / Lebenspartner / Kinder					
<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> ja, Anzahl:	davon unterhaltsberechtigten, Anzahl:			
	Name:	Anschrift:	Geburtsdatum:	<input type="checkbox"/> unterhaltsberechtigten	
	Name:	Anschrift:	Geburtsdatum:	<input type="checkbox"/> unterhaltsberechtigten	
	Name:	Anschrift:	Geburtsdatum:	<input type="checkbox"/> unterhaltsberechtigten	
Beteiligung am Erwerbsleben (bitte Einkommensnachweise sowie ggf. Gewerbeabmeldung in Kopie beifügen)					
Erlerner Beruf			Schulabschluss		
Zurzeit oder zuletzt tätig als					
<input type="checkbox"/> ehemals selbständig als			<input type="checkbox"/> aktuell selbständig als		
<input type="checkbox"/> zurzeit unselbständig beschäftigt als <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) <input type="checkbox"/> Angestellte(r) <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin <input type="checkbox"/> Aushilfe <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar:			<input type="checkbox"/> zurzeit keine Beteiligung am Erwerbsleben, weil <input type="checkbox"/> Rentner(in)/Pensionär(in) seit <input type="checkbox"/> arbeitslos seit <input type="checkbox"/> Schüler(in) / Student(in) bis <input type="checkbox"/> Hausmann/Hausfrau <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar:		
Sonstiges					
Vermögensauskunft abgegeben <input type="checkbox"/> nein			<input type="checkbox"/> ja Datum: _____		
			Amtsgericht: _____ Aktenzeichen: _____		
bestehen aktuelle Pfändungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Gläubiger: _____			Lohn- und Gehaltsabtretung <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Gläubiger: _____		
Bereits Insolvenzantrag gestellt?					
Girokonto vorhanden <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			Kreditinstitut: _____		
P-Konto <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			<input type="checkbox"/> Soll <input type="checkbox"/> Haben		
Ursache der Verschuldung			<input type="checkbox"/> Mitverpflichtung		
<input type="checkbox"/> Arbeitslosigkeit			<input type="checkbox"/> Tod des Partners		
<input type="checkbox"/> Trennung			<input type="checkbox"/> gescheiterte Immobilienfinanzierung		
<input type="checkbox"/> gescheiterte Selbständigkeit			<input type="checkbox"/> Konsumverhalten		
<input type="checkbox"/> Sucht			<input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar: _____		
<input type="checkbox"/> Krankheit					
Sie haben			in EUR		
<input type="checkbox"/> Mietschulden beim aktuellen Vermieter					
<input type="checkbox"/> Energieschulden beim aktuellen Energieversorger					
<input type="checkbox"/> Strafen, Bußgelder, Schadensersatzforderungen					
<input type="checkbox"/> strittige Forderungen					
<input type="checkbox"/> aktuelle Ratenzahlungen/Kreditabzahlungen					
<input type="checkbox"/> Mitverpflichtete			Name: _____ Schuldenverpflichtung: _____		

Ort, Datum

Stand: 01.05.2021

Unterschrift

2 von 2

Haushaltsplan: Herr/ Frau

Datum: _____

Einnahmen		Ausgaben	
eigene	Partner	Monat	Jahr / Quartal
Lohn / Gehalt		Wohnung / Haus	Versicherung
Ausbildungs- vergütung		Miete (warm)	Haftpflicht
Ausbildungs- beihilfe (BAB)		Stromkosten	Hausrat
Nebenverdienst		Heizkosten	Unfall
ALG I bis		Müllgebühr	Leben/Rente
ALG II		Gebäude- versicherung	Berufsunfähigkeit
EU-Rente bis		Wasser/ Abwasser	Rechtsschutz
Witwenrente		Grundsteuer	Sonstiges
Altersrente		Verkehr	Sonstiges
Kindergeld		KFZ-Steuer	Unterhalts- zahlungen
Kindergeld- zuschuss		Versicherung	Beiträge (Verein)
Elterngeld bis		Wartung, Pflege	Kindergarten/ Tagesmutter
Unterhalt		Kredit-, Leasing- Rate	Rauchen
Unterhalts- vorschuss		ADAC, sonstiges	Taschengeld
Sozialgeld		Öffentliche Verkehrsmittel	Haustiere
Wohngeld		Kraftstoff	Sonstiges
Sonstige		Kommunikation	Schulden
		Telefon	Girokonto, inkl. Überziehung
		Handy	Ratenzahlung
		Internet	Ratenzahlung
		GEZ	Ratenzahlung
		Kabel	Ratenzahlung
		Pay-TV	Ratenzahlung
		Lebenshaltung - Angabe nicht notwendig	Ratenzahlung
		Ernährung	Ratenzahlung
		Bekleidung	Ratenzahlung
		Körperpflege	Ratenzahlung
		Sonstiges	Ratenzahlung
Gesamt in EURO:		Gesamt in EURO:	

Gesamteinnahmen

- Gesamtausgaben

frei verfügbar

Gläubigerliste:

(Bitte **jeweils letztes Schreiben pro Gläubiger in Kopie** beifügen und entsprechend dieser Liste nummerieren)

lfd. Nr.	Gläubiger	Vertreter (Rechtsanwalt, Inkasso) mit Aktenzeichen	Forderung in €	Rate in €	tituliert <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					

Ort, Datum

Stand: 01.05.2022

Unterschrift

1 von 1

Anlage 4

zum Eröffnungsantrag des / der _____

Vermögensübersicht

(Übersicht des vorhandenen Vermögens und des Einkommens, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)

21 I. Erklärung zur Vermögenslage Hiermit erkläre ich, dass ich über folgendes Vermögen und Einkommen verfüge.
 Weitergehende Angaben habe ich in den Ergänzungsblättern zum Vermögensverzeichnis (Anlagen 5 A ff.) gemacht.

1.	Vermögen	Ja	gemäß Ergänzungsblatt	Wert in EUR (Gesamtbetrag)	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
1.1	Bargeld (auch in ausländischer Währung)	<input type="checkbox"/>	-		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.2	Guthaben auf Girokonten, Sparkonten, Spar- und Bausparverträgen, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen	<input type="checkbox"/>	5 A		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.3	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z. B. Kameras, Waffen, optische Geräte u.Ä.), wertvolle Bücher (Anzahl, Gesamtwert)	<input type="checkbox"/>	5 B		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.4	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	<input type="checkbox"/>	5 B		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.5	Privat genutzte Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohnwagen, Motorräder, Mopeds usw.)	<input type="checkbox"/>	5 B		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.6	Forderungen gegen Dritte (Außenstände, rückständiges Arbeits-einkommen, Forderungen aus Versicherungsverträgen, Rechte aus Erbfällen) <i>Kauti on</i>	<input type="checkbox"/>	5 C		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.7	Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken	<input type="checkbox"/>	5 D		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.8	Aktien, Genussrechte oder sonstige Beteiligungen an Kapitalge-sellschaften, Personengesellschaften oder Genossenschaften	<input type="checkbox"/>	5 E		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.9	Rechte oder Ansprüche aus Urheberrechten, immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Patente)	<input type="checkbox"/>	5 F		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
1.10	Sonstiges Vermögen	<input type="checkbox"/>	5 F		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

2.	Monatliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergänzungsblatt	Betrag monatlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
2.1	Durchschnittliches Arbeitseinkommen (netto) einschließlich Zulagen und Zusatzleistungen	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.2	Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosengeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende etc.)	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.3	Krankengeld	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.4	Rentenversicherungen, Betriebsrenten, Versorgungsbezüge (aus öffentlicher Kasse)	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.5	Private Renten-, Spar- und sonstige Versicherungsverträge	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.6	Sonstige Sozialleistungen (wie z. B. Sozialhilfe, Kindergeld, Elterngeld, Betreuungsgeld, Wohngeld etc.)	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
2.7	Sonstige monatliche Einkünfte (wie z. B. Einkünfte aus Unterhaltszahlungen)	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

24	3. Jährliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergänzungs- blatt	Betrag jährlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
3.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit (z. B. Weihnachtsgeld, Tantiemen, sonstige Gratifikationen usw.)	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.2	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.3	Einkünfte aus Kapitalvermögen	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
3.4	Sonstige jährliche Einkünfte	<input type="checkbox"/>	5 G		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>

25	4. Sonstiger Lebensunterhalt	<input type="checkbox"/> Ich habe keine bzw. keine ausreichenden regelmäßigen Einkünfte nach Ziffer 2 und 3. Den notwendigen Lebensunterhalt bestreite ich durch: _____
----	------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

26	5. Regelmäßig wiederkehrende Zahlungsverpflichtungen	Ja	gemäß Ergänzungs- blatt	Betrag monatlich in EUR	Nein
5.1	Unterhaltsverpflichtungen	<input type="checkbox"/>	5 J	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt für _____ Personen <input type="checkbox"/> Barunterhalt für _____ Personen in Gesamthöhe von _____ EUR	<input type="checkbox"/>
5.2	Wohnkosten (Miete etc.)	<input type="checkbox"/>	5 J	_____ EUR	<input type="checkbox"/>
5.3	Sonstige wesentliche Verpflichtungen	<input type="checkbox"/>	5 J	_____ EUR	<input type="checkbox"/>

27	II. Erklärung zur Vermögenslosigkeit	<input type="checkbox"/> Hiermit erkläre ich, dass ich mit Ausnahme des unter Nummer I. 4 bezeichneten Lebensunterhalts weder über die vorstehend aufgeführten Vermögenswerte noch über sonstige Vermögenswerte verfüge (Vermögenslosigkeit).
----	--------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

28	III. Erklärung zu Schenkungen und Veräußerungen	Ich habe in den letzten vier Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens Geld, Forderungen oder Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke geringen Werts sind nicht anzugeben).	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, im Gesamtwert von _____ EUR gemäß Ergänzungsblatt 5 K
		Ich habe in den letzten zwei Jahren Vermögensgegenstände an nahestehende Personen veräußert.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, im Gesamtwert von _____ EUR gemäß Ergänzungsblatt 5 K

29	IV. Versicherung (§ 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Vermögensübersicht enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO)
----	--------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anforderung einer kostenlosen Schufa-Auskunft bitte selbst anschreiben.

Absender:

.....
.....
.....

SCHUFA Holding AG
Kormoranweg 5
65201 Wiesbaden

nur per Telefax: 0611 9278-109
(030 70091-222)

Datum:

Datenübersicht nach § 34 BDSG

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Grundlage von §§ 34 I, IV BDSG bitte ich unentgeltlich um folgende Auskunft:

- alle die über mich gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und den Zweck der Speicherung. Sollten die zu meiner Person gespeicherten Daten an Dritte übermittelt worden sein, bitte ich um Auskunft über die Empfänger mit Name und letztbekannter Anschrift.
- meine tagesaktuellen Scorewerte sowie nachvollziehbare, verständliche Information über die für dieses Scoring genutzten Datenarten, das Zustandekommen der Zahlenwerte und ihre Bedeutung.
- die innerhalb der letzten zwölf Monate an Dritte übermittelten Scorewerte sowie die Benennung dieser Dritten mit Name und letztbekannter Anschrift.

Da Sie bei schriftlichen Anfragen die Identifikation meiner Person gewährleisten müssen, übersende ich Ihnen eine Kopie meines Ausweisdokumentes. Für die Identifikation sind lediglich Name, Anschrift und Geburtsdatum notwendig. Alle anderen Angaben habe ich daher geschwärzt.

Meine Voradressen, Geburtsname/ frühere Namen

.....
.....
.....
.....

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift:

Anlage: Ausweiskopie

Blatt bitte bei Ihrem zuständigen Gerichtsvollzieher selbst abgeben.

Name: Apolda,

Anschrift:

Ggf. frühere Anschrift:

Geb.-Datum:

An alle zuständigen Gerichtsvollzieher über die
Gerichtsvollzieher Verteilerstelle beim Amtsgericht Weimar/Apolda

Auskunft über frühere Vollstreckungsaufträge
Gläubigerermittlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Unterstützung der Schuldnerberatung bemühe ich mich z. Zt. um einen vollständigen
Überblick über meine Schulden.

Aufgrund fehlender Unterlagen bin ich allerdings nicht in der Lage, eine vollständige
Auflistung aller Gläubiger zu erstellen. Ich bin daher auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Zu folgenden Punkten bitte ich Sie um Auskunft (per PC-Ausdruck):

- Sind Ihnen (frühere) Vollstreckungsvorgänge gegen mich bekannt?
- Welche Gläubiger können Sie mir aus Ihren Unterlagen benennen?
Adresse, Aktenzeichen des Gläubigers und Forderungsnummer (cc) sind für mich von
besonderer Wichtigkeit

Mit freundlichen Grüßen

.....

Beratungszeiten Apolda:
Mo, Di, Do, Fr: 8.00 - 12.00 Uhr
Di, Do 15.00 - 18.00 Uhr

Beratungszeit Bad Berka:
jeden 3. Dienstag im Monat ab
12.00 Uhr nur nach Vereinbarung

Merkblatt zum Verbraucherinsolvenzverfahren

Ziel des Verfahrens gem. § 1 InsO:

- ist die gemeinschaftliche Gläubigerbefriedigung sowie ein wirtschaftlicher Neubeginn für den redlichen Schuldner.
- Möglichkeit zur Restschuldbefreiung (RSB) auf Antrag erhalten natürliche Personen (Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosengeldempfänger, etc.), die keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausüben sowie ehemals Selbständige, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (bis 20 Gläubiger) und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Eröffnungsgrund gem. §§ 17 InsO ff ist:

- **Zahlungsunfähigkeit** bzw. drohende Zahlungsunfähigkeit.

Hürden dieses etwas aufwendigen aber lohnenswerten Verfahrens sind u.a.:

- Die Antragstellung mit umfangreichen unbedingt vollständig einzureichenden Übersichten, Anträgen und Unterlagen ist nur von natürlichen **Einzelpersonen** zulässig.
- Ein **unvollständiges Forderungs- oder Vermögensverzeichnis** kann ein Versagungsgrund der RSB sein.
- Im Verfahren werden strittige Forderungen nicht geklärt.
- Niedergeschlagene Forderungen leben wieder auf, laufende Vergleiche verlieren ihre Gültigkeit.
- In Phase 1 (außergerichtliche Schuldenbereinigung) sind noch **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen** möglich.
- Phase 2 (das Schuldenbereinigungsplanverfahren - SBP- Verfahren) wird nur durchgeführt, wenn der Insolvenzrichter einschätzt, dass eine mehrheitliche Zustimmung der Gläubiger zum SBP zustande kommt.
- Jegliches **Vermögen**, z.B. Lebensversicherung, Grundvermögen, Bausparguthaben, etc. muss angegeben und ggf. verwertet werden.
- **Verfahrenskosten** (mind. ca. EUR 2.150) für das gerichtliche Verfahren beim Insolvenzgericht und die Treuhändervergütung können auf Antrag des Schuldners gestundet werden bis zur RSB. Bleiben danach noch Kosten übrig, wird jährlich für max. 4 Jahre eine Ratenzahlungsmöglichkeit geprüft.
- Die **Laufzeit** ist abhängig von ihrem Zahlungsangebot und dem Zustimmungsverhalten ihrer Gläubiger.
- Die Pfändungsfreigrenzen, Familien- und Einkommensverhältnisse können sich verändern.
- Hat ein **Gläubiger das Verfahren beantragt**, muss der Schuldner zusätzlich einen eigenen Eröffnungsantrag sowie einen Antrag auf Restschuldbefreiung stellen.
- Es gibt **von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen**: Strafen, Bußgelder, Schadensersatzforderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen (evtl. Kreditbetrug, Ratenkäufen Zahlungsunfähiger), neue Schulden, vorsätzliche Unterhaltspflichtverletzungen, Steuerhinterziehung.
- Behauptet ein Gläubiger aus einem der vorgenannten Gründe, dass seine Forderung von der Restschuldbefreiung ausgenommen sein soll, können Sie dagegen Widerspruch einlegen. Auf die Möglichkeit des Widerspruchs werden Sie durch das Insolvenzgericht hingewiesen. Der Widerspruch ist an das Insolvenzgericht zu richten.
- Eröffnete Insolvenzverfahren werden im Internet veröffentlicht.
- **Versagungsgründe, Anfechtungstatbestände und Obliegenheiten** sind zu beachten.
- Ein Antrag auf RSB ist gem. § 287a InsO **unzulässig**, wenn dem Schuldner in den letzten 10 Jahren RSB gewährt wurde, in den letzten 5 Jahren nach § 297 InsO oder in den letzten 3 Jahren nach § 290 I Nr. 5, 6 oder 7 InsO die RSB versagt wurde.

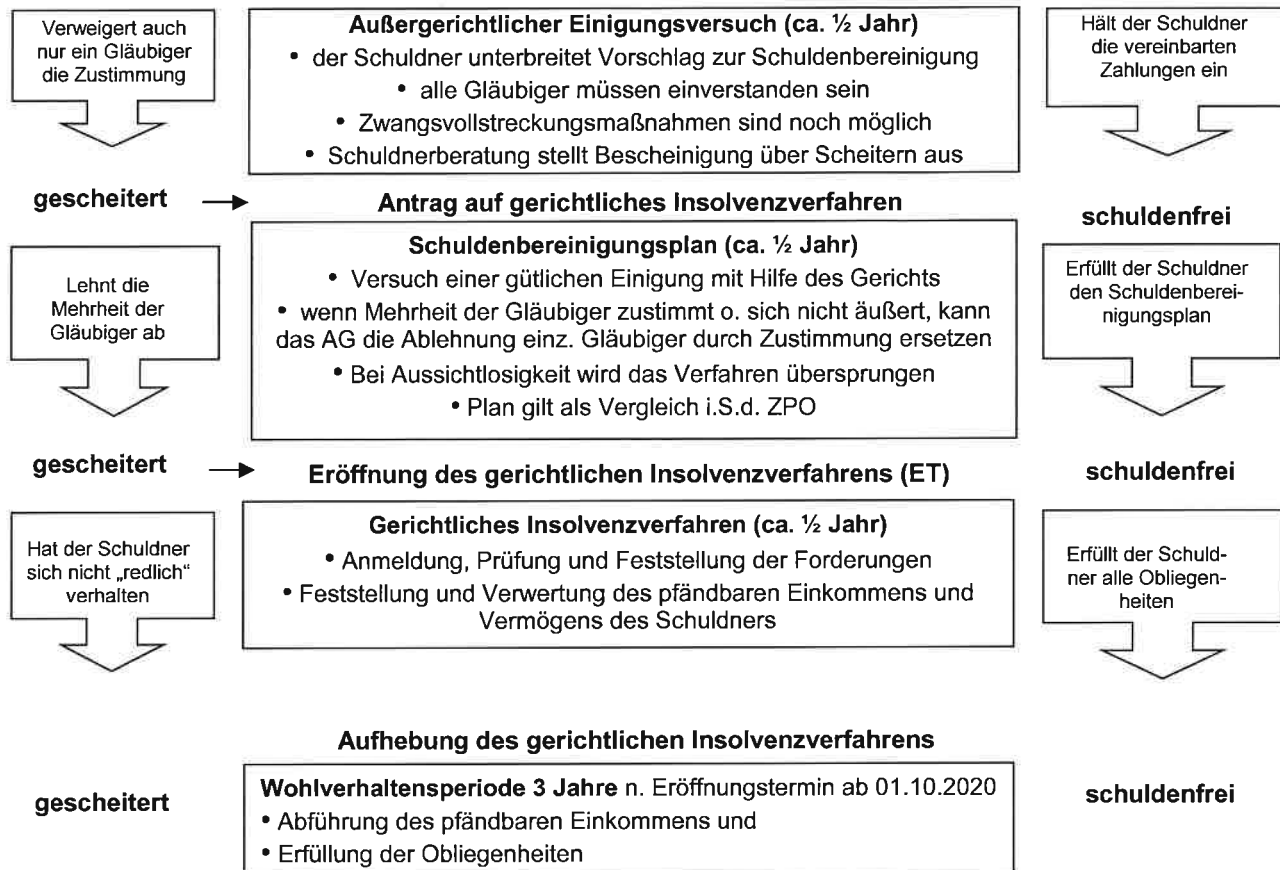
Tipps:

- Unterschreiben Sie keine Abtretungserklärungen und Schuldanerkenntnisse mehr.
- Vereinbaren Sie mit dem Arbeitgeber einen Lohnabtretungsausschluss (Informationen liegen bei uns bereit).
- Ordnen Sie Ihre Unterlagen in einer Akte - das aktuellste Schreiben pro Gläubiger jeweils obendrauf.
- Um schwerwiegende Fehler zu vermeiden - führen Sie Ihre Verhandlungen mit den Gläubigern nur unter Hilfestellung von geeigneten Schuldnerberatungsstellen, Steuerberatern oder Rechtsanwälten.
- Vorsicht vor unseriösen - nicht von Landessozialämtern bzw. Sozial- oder Justizministerien anerkannten - selbsternannten Beratern - z.B. Schuldenverwaltungsgesellschaften und gewerblichen Schuldenregulierern aus Internet und Kleinanzeigen, die sich an Ihrer Notsituation noch bereichern und viel Geld verlangen.

Selbständige

- Selbständige und ehemals Selbständige mit unüberschaubaren Vermögensverhältnissen (mehr als 20 Gläubigern) oder mit mind. einer Verbindlichkeit aus Arbeitsverhältnissen (Krankenkassenbeiträge, Löhne, Insolvenzgelder, nicht abgeführte Lohnsteuern) können sofort schriftlich formlos beim zuständigen Insolvenzgericht Erfurt einen Antrag auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens sowie Antrag auf Restschuldbefreiung und Stundung der Verfahrenskosten Stellen. Tel.: 0361 573555 163.
- Das Insolvenzverfahren mit sofortigem Vollstreckungsschutz wird dann kurzfristig vom Insolvenzgericht eröffnet und ein Insolvenzverwalter mit der Erstellung der Tabellenanmeldungen der Gläubiger und Verwertung des Vermögens beauftragt. Ein Anwalt ist nicht erforderlich.

Ablauf Verbraucherinsolvenzverfahren



Gründe für die Versagung der Restschuldbefreiung

Gründe für die Versagung der Restschuldbefreiung bis zum Abschluss des Insolvenzverfahrens		
zeitlicher Eintritt des Versagungsgrundes	vor Invenzantrag	nach Insolvenzantrag
Verurteilung wg. Insolvenzstraftat	x	x
Falsche Angaben über wirtschaftliche Verhältnisse um Kredit zu erhalten, Leistungen aus öffentlichen Kassen zu beziehen oder solche zu vermeiden Vorsätzlich oder grob fahrlässig	bis 3 Jahre zuvor	
In den letzten 10 bzw. 11 Jahren (ab 01.10.20) bereits erteilte oder versagte Restschuldbefreiung	bis 10/11 Jahre zuvor	
Eingehen unangemessener Verbindlichkeiten Vorsätzlich oder grob fahrlässig	bis 3 Jahre zuvor	x
Verzögerte Antragstellung Vorsätzlich oder grob fahrlässig	bis 3 Jahre zuvor	x
Vermögensverschwendung Vorsätzlich oder grob fahrlässig	bis 3 Jahre zuvor	x
Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflicht Vorsätzlich oder grob fahrlässig		x
Falsche oder unvollständige Angaben im Insolvenzantrag Vorsätzlich oder grob fahrlässig		x
Verletzung der Erwerbsobliegenheiten nach dem Eröffnungstermin (ET)		x

Gründe für die Versagung der Restschuldbefreiung in der Wohilverhaltensperiode (Obliegenheitsverletzungen)
<ul style="list-style-type: none"> • Unterlassen einer angemessenen selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit • Verweigerung der Herausgabe eines Lottogewinns oder der Hälfte einer Schenkung oder Erbschaft an den Treuhänder • Nichtangabe des Wechsels von Arbeitsstelle oder Wohnsitz sowie Verweigerung anderer Auskunftspflichten • Bevorzugung einzelnen Insolvenzgläubiger – Sonderzahlungen ohne Einschaltung des Treuhänders • Rechtskräftige Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat nach Abschluss des Insolvenzverfahrens bis zum Ende der Wohilverhaltensperiode • Nichtzahlung der Mindestvergütung an den Treuhänder • Fehlende Mitwirkung im Restschuldbefreiungsverfahren
Geltendmachung der Versagungsgründe durch Gläubiger
<ul style="list-style-type: none"> • Während oder am Schluss der Wohilverhaltensperiode, spätestens aber ein Jahr nach Bekannt werden • Widerruf bereits erteilter Restschuldbefreiung bei nachträglichem Bekannt werden des Grundes
Anderweitige Gründe für das Scheitern des Insolvenzverfahrens
<ul style="list-style-type: none"> • Unvollständige Unterlagen bei Antragstellung, Frist zur Nachreichung: 1 Monat • Abweisung mangels Masse, keine ausreichende Deckung der Verfahrenskosten bzw. zu geringer Kostenvorschuss bereits bei Antragstellung